



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

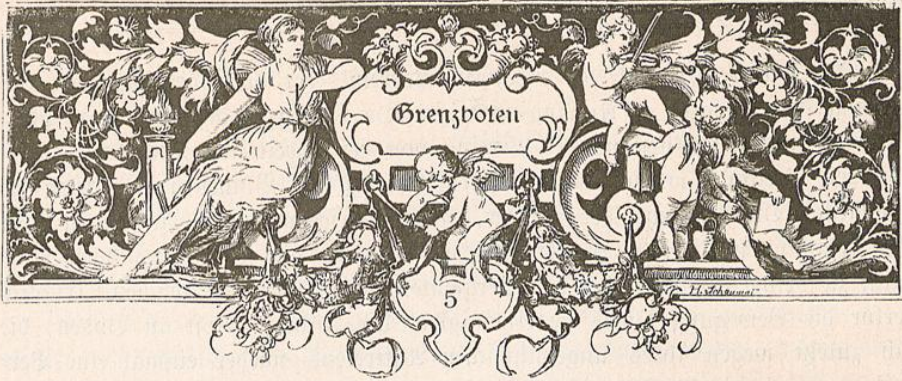
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Stand der Arbeiterbewegung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Stand der Arbeiterbewegung



Seit unserm letzten Bericht über die Arbeiterbewegung ist ein halbes Jahr verflossen. Unsere Leser werden den berechtigten Wunsch haben, über den Fortgang unterrichtet zu werden.

In der Bergarbeiterbewegung ist erfreulicherweise äußerlich wenigstens ein Stillstand eingetreten. Zwar ist es noch auf den Anhaltischen Braunkohlenwerken bei Frose und dem Erzbergwerke bei Holzappel zu kurzen Arbeitseinstellungen gekommen, doch haben sich in den großen Steinkohlenrevieren Westfalens und der Saar die Bergleute nach den mißglückten Ausständen des vorigen Frühjahrs ruhig verhalten.

In Westfalen hat der sogenannte „alte Verband,“ dem an 57000 Bergleute angehörten, und von dem bisher jeder Streik ausgegangen ist, entschieden an Ansehen verloren, seitdem die Leitung völlig in das sozialdemokratische Lager übergegangen ist. Die Zahl der Mitglieder soll in der Abnahme begriffen sein. Wenigstens waren die Versammlungen des Verbands äußerst schwach besucht. Auf der Generalversammlung in Bochum erschienen nur 72 Delegirte, während ihre Zahl sonst weit über hundert betragen hat. Viele Belegschaften hatten es unterlassen, einen Vertreter zu wählen. Die Versuche der Leitung, die Hütten- und Fabrikarbeiter für den Verband zu gewinnen, erwiesen sich bald als aussichtslos und wurden überdies in den Kreisen der Bergarbeiter selbst nicht gern gesehen. Die Arbeiter wünschen, daß ihrer Bewegung der ausschließlich bergmännische Charakter erhalten bleibe. Aber auch der neue christlich-patriotische Verband „Glückauf“ findet nicht die erwartete Unterstützung. Angeblich wenden sich die Bergleute jetzt mehr den Gewerksvereinen zu. Doch überragt der „alte Verband“ selbstverständlich noch immer alle andern Bergarbeitervereine, auch die noch bestehenden evangelischen, weit an Mitgliederzahl.

Im Saarrevier soll der Rechtsschutzverein, der dort die Seele der Bewegung ist, ebenfalls an Anhang verlieren. Die Bergwerksdirektion legte überdies den gesamten Vorstand des Vereins von der Arbeit ab. Die Kasse wurde von den Gerichten wegen mangelhafter Führung der Bücher in Beschlag genommen. Die Versuche der Führer, durch Versammlungen, in denen auch der bekannte westfälische Agitator Siegel sprach, die Bewegung wieder in Fluß zu bringen, fanden bei den Bergleuten wenig Gegenkommen. Endlich verlor die Bewegung durch die Uneinigkeit der Führer selbst an Boden, die sich zuletzt wegen ihres ungebührlichen Auftretens wieder einmal eine Verhaftung durch die Gerichte zuzogen. Unter den Bergleuten wird daher zunächst eine Reorganisation des Rechtsschutzvereins angestrebt. Manche haben sich den evangelischen Arbeitervereinen zugewandt. Diese, sowie die nichtkonfessionellen, reichstreuen Arbeitervereine sollen auch in den andern Bergrevieren, wie in Mansfeld, Waldenburg und Oberschlesien erstarken. Im Mansfeldischen beläuft sich die Zahl ihrer Mitglieder auf dreitausend und umfaßt also fast ein Drittel der Gesamtbelegschaft des Reviers. Auf der andern Seite haben aber auch die bekannten Führer der westfälischen Bewegung Agitationsreisen fast nach allen Bergrevieren unternommen und sind weiter bemüht gewesen, den „alten Verband“ zu einem allgemeinen deutschen Bergarbeiterverbände zu erweitern. Auch nach andern Anzeichen erscheint die Bewegung noch nicht als gänzlich beendet. Die Gründung von Arbeiterkonsumvereinen lediglich zu dem Zwecke, den Arbeitern bei Streiks den Bezug von Lebensmitteln zu erleichtern, macht im westfälischen Revier angeblich große Fortschritte. Dem „alten Verbands“ sind vom April bis zum September vorigen Jahres an 59416 Mark Beiträge zugegangen, sodaß er nach Abzug der Ausgaben schon wieder über einen baren Bestand von 21925 Mark verfügt. Augenscheinlich hat die Opferwilligkeit der Bergleute noch nicht sehr nachgelassen. Selbst der politisch gemäßigtere Verein „Glückauf“ hält ferner an den bekannten Forderungen, namentlich an dem Hauptstreitpunkte, der achtstündigen Schicht mit Einschluß von Ein- und Ausfahrt, sowie an der Notwendigkeit der Reorganisation des Knappschaftswesens fest. Eine Versammlung von vierhundert Arbeitern der Zeche Hasenwinkel erklärte die Erfüllung dieser Forderungen nur für eine Frage der Zeit. Auch der Grubenausschuß des Saarreviers soll sie in einer erneuten Eingabe an den Minister geltend gemacht haben. Der Verein „Glück auf“ verlangt überdies noch: 1. die Einführung des Befähigungsnachweises für Bergleute, 2. Bezahlung der Arbeitsleistung nach einem bestimmten Maß oder nach Gewicht, 3. die Einführung von Grubenausschüssen, 4. desgleichen von Lohn- und Akkordbüchern, worin der vereinbarte Lohn- oder Gedingesatz mit rechtsverbindlicher Kraft einzutragen ist, 5. die Anstellung und Entlassung der Werksbeamten vom Steiger bis zum Betriebsführer aufwärts durch die Bergbehörde. Einige von diesen Wünschen dürften wohl durch die Novelle

zum Berggesetze, die dem Landtage demnächst zugehen wird, ihre Erledigung finden.

Endlich hat noch am 1. und 2. Juli vorigen Jahres in Köln ein internationaler Bergarbeiterkongreß getagt. Zu diesem waren Vertreter in großer Zahl aus England, Belgien und Frankreich erschienen. Dagegen haben die Sammlungen zur Unterstützung des Bergarbeiterausstandes im französischen Departement Pas de Calais in Deutschland nur geringe Erträge ergeben.

Bei den andern Industriezweigen waren die Arbeitseinstellungen leider wieder recht häufig. Der Mehrzahl nach, an die achtzig, waren es sogenannte Abwehrstreiks. An den meisten waren allerdings nur fünfzehn bis dreißig Arbeiter beteiligt. Sie können im einzelnen an sich nur lokale Bedeutung in Anspruch nehmen. In ihrer Gesamtheit gaben sie jedoch der Bewegung des verflossenen Halbjahres einen besondern Charakter. Viele sind überdies wieder wochenlang mit großer Hartnäckigkeit geführt worden.

Es haben gestreikt: die Seiler und Keepschläger in Altona (25 Wochen), die Weißgerber in Döbeln und in den Fabriken von Krüger und Schmidt in Berlin, über fünfhundert Handschuhmacher in den Fabriken in Friedrichshagen, Liegnitz, Osterwieck, Burg, Zeitz, Halberstadt und Ilmenau, die Schuhmacher und Zwickler in den Werkstätten von Ursand in Weißenfels, Greve in Leipzig, Schwarze in Groißsch, in Barmstedt und Alzey, die Textilarbeiter in den Webereien und Spinnereien von Schnabel in Hückeswagen, Fleier in Erlangen und in Lindenau bei Leipzig (zehn Wochen), die Former in den Eisenhütten von Schröder in Ascherleben, Beißel in Ehrenfeld bei Köln (über neun Wochen), Koppel in Wolgast, der Wilhelminenhütte in Saalsfeld und von Berg zu Wald bei Solingen, die Stellmacher in Bremerhaven (acht Wochen), die Tischler, Drechsler und Holzbildhauer in den Werkstätten von Viehl und Völker in Berlin, Schefirka und Behnen in Dranienburg, Neumann in Dresden, Scheidig in Fürth und Gerlich in Rabenau, die Arbeiter der Knopffabrik von Löwensohn in Breslau, die Böttcher in der Fabrik von Hübner in Düsseldorf, die Klempner in der Fabrik von Schauffler in Göppingen (sieben Wochen), die Töpfer von Baden-Baden, Dos, Spandau, Raguhn, Bromberg, Lindow, Klein-Möhlau, Leipzig (sechs Wochen) sowie in den Fabriken von Seidel in Dresden und Böhme in Halle, die Glaser und Glasarbeiter in den Fabriken von Hörstel in Hörde und von Offenbach in Fürth, hundertneunzig Metallschläger in Dresden, die Tabakarbeiter in Brandenburg und in den Fabriken von Denker in Potsdam und Seidel in Neustadt (Oberschlesien), die Steinmetzen und Bildhauer in Kapfelnbach bei Abbach, in Plauen, Pirna, Hafelbrunn, München und in der Fabrik von Schwarzer in Dresden, die Diamantschleifer von Cohn in Hainau, die Porzellanmaler von Schöller in Schwarzenbach an der Saale, die Bahnarbeiter in Fürth, die Kohlenarbeiter in Bremerhaven und Nordenham, die Schmiedegehilfen in München, die Kesselreiniger der Packetfahrt-Aktiengesellschaft

in Hamburg (fünf Wochen), die Kutscher der Berliner Omnibusgesellschaft, die Droschkenkutscher von Mainz und Konstanz, die Schlächtergehilfen in Braunschweig, die Gehilfen der Brauereien in Nürnberg und die der Hansa in Hamburg, die Maurer auf verschiedenen Bauten in Berlin, Hamburg, Bremerhaven und Riesa, in Berlin noch außerdem die Arbeiter der Blech-Embballagenfabrik von Supzynski, die Stockarbeiter von Hamm, die Bälgenmacher und Stimmer von Pietschmann und die Schneider der Konfektionsfirma Hoffmann.

Wie man sieht, ist kein Gewerbe verschont geblieben. Besonders zahlreich waren die Arbeitseinstellungen in Berlin, Hamburg, Bremerhaven, Leipzig und Fürth. Im ganzen haben sich an diesen Streiks etwa drei- bis viertausend Arbeiter beteiligt. Als Grund wird meist eine Lohnherabsetzung angegeben, die sich die Arbeiter im Hinblick auf die herrschende Teuerung nicht gefallen lassen wollten. Als andre Ursachen werden mehrfach genannt: schlechte Behandlung, Übernahme von Arbeiten für eine ausständige Fabrik, Maßregelungen und Unzufriedenheit infolge von Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Nur in vierzehn Fällen sind die Arbeitseinstellungen zu Gunsten der Arbeiter verlaufen, oder es ist doch wenigstens durch gegenseitiges Nachgeben eine Einigung zu stande gekommen. In allen übrigen, namentlich in denen, die wochenlang angehalten haben, sind die Arbeiter unterlegen, und die Streiks haben meist mit Aussperrungen geendet. Noch nicht ganz beendet sind die Streiks der Handschuhmacher und der Weißgerber in Berlin.

Außerdem hat bekanntlich im Buchdruckergewerbe eine größere Arbeitseinstellung stattgefunden, die den Angriffstreiks zuzuzählen ist. Bei ihrer Bedeutung für die ganze Arbeiterbewegung wollen wir nochmals etwas näher auf sie eingehen. Im Buchdruckergewerbe sind nach den einen an 20000, nach den andern an 30000 Gehilfen und Setzer beschäftigt. Fast die Hälfte gehört einem Gewerkvereine, dem deutschen Buchdruckergehilfenverbande\*) an, der zu den bestorganisirten seiner Art gehört. Der über ganz Deutschland sich erstreckende Verband zerfällt in einzelne Gauverbände. Besondere Klassen, die über bedeutende Mittel verfügen, gewähren den Mitgliedern Unterstützung im Falle der Invalidität und Arbeitslosigkeit, sowie auf der Wanderschaft. Die Arbeitsbedingungen sind zuletzt im September 1889 mit Vertretern der Prinzipale durch einen für das ganze deutsche Reich geltenden Lohnarif geregelt worden. Dieser setzt die Preise für die im Buchdruckergewerbe sehr verwickelte Stückarbeit, nach untenhin die Grenze für die Höhe des festen Lohnes, sowie die Dauer der täglichen Arbeitszeit fest. Die Arbeitszeit beträgt jetzt, sozusagen 10 Stunden, thatsächlich aber nach Abzug der Pausen nur 9 $\frac{1}{2}$  Stunde.

\*) Die Gewerkvereine sind bekanntlich von Hirsch-Dunder nach dem Vorbilde der englischen Trade-Unions gebildet worden, waren bisher frei von den Tendenzen der Sozialdemokratie und unterscheiden sich dadurch von den Fachvereinen der Sozialdemokratie, mit denen sie häufig verwechselt werden.

Die Ziele des Verbandes sind auf die Herbeiführung einer achttündigen Arbeitszeit gerichtet. Mit jener Arbeitseinstellung wollte man sich zunächst eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden d. h. mit Abzug der Pausen auf  $8\frac{1}{2}$  Stunde erkämpfen. Gleichzeitig forderte man anfangs eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, ist aber zuletzt davon wieder abgegangen, da man auf zu großen Widerstand stieß. Vor Beginn des Ausstandes sind die Mitglieder des Verbandes vom Vorstande um ihre Ansicht gefragt worden. 15315 Stimmzettel sollen sich für eine Kürzung der Arbeitszeit und nur 1332 dagegen ausgesprochen haben. 120 kleinere Druckereien mit 1800 Gehilfen sind angeblich auf diese Forderung anfangs eingegangen. Dagegen haben sich die größern Druckereien, insbesondere in den Hauptdruckorten Leipzig, Stuttgart, Berlin, Hamburg, gänzlich ablehnend verhalten, und ihnen folgten die Druckereien in den Mitteldruckorten München, Frankfurt, Karlsruhe, Wiesbaden, Nürnberg, Würzburg, Halle, Erfurt, Kassel, Hannover, Bremen, Lübeck, Stettin, Königsberg, Breslau u. s. w. Infolgedessen legten Anfang November v. J. an 9800 Gehilfen die Arbeit nieder. Bei dem Aufgeben des Arbeitsverhältnisses scheinen im allgemeinen die Kündigungsfristen eingehalten worden zu sein. Vermittlungsversuche, die in Dresden der Geheime Rat Böhmer und in Berlin der Magistratsassessor Freund unternahmen, scheiterten an der Abneigung beider Parteien. Jedem der Ausständigen wurde anfangs aus der Verbandskasse eine Unterstützung von 21 Mark gewährt. Später ist die Summe verringert worden. Der Verband verfügte von Haus aus über große Geldmittel. Nur allein in der Leipziger Tariffasse befanden sich Ende August v. J. 24931 Mark. Die Gewerkvereine Englands, die Trades Unions, erklärten sich mit dem Ziele der Bewegung ebenfalls einverstanden und sollen zur Unterstützung angeblich gegen 50000 Mark gesandt haben. Große Summen wurden noch aus Amerika erwartet. Es erging ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder. Der größere Teil der Arbeiterschaft Deutschlands begleitete den Ausstand mit seinen Sympathien. Infolge der langen Dauer des Streiks begannen jedoch die Mittel allmählich knapp zu werden. Ein Versuch, die 900000 Mark betragende Pensionskasse des Verbandes für den Streik zu verwenden, ist durch deren gerichtliche Beschlagnahme verhindert worden. An einigen Orten, wie Breslau, Glogau, Königsberg, Kassel, Frankfurt, nahmen noch vor Schluß des vorigen Jahres die Ausständigen bedingungslos die Arbeit wieder auf. Der Streik ist zuletzt im Sande verlaufen und hat im ganzen 9 bis 10 Wochen gedauert. Die Kosten des Ausstandes werden zu  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark angegeben.

Das Publikum hat so gut wie gar nicht unter dem Streik zu leiden gehabt, da es den Zeitungsredaktionen gelang, für die Streikenden Ersatz zu schaffen. In einer am 21. Dezember v. J. im deutschen Buchhändlerhause zu Leipzig abgehaltenen Versammlung der vereinigten Lokalausschüsse der

Buchdruckereibesitzer wurde beschlossen, trotz der von den Gehilfen beliebten Kündigung an dem Tarif vom 1. Januar 1890 auch ferner zunächst für das Jahr 1892 festzuhalten. Einzelne Firmen nehmen die Ausständigen allerdings nur unter der Bedingung des Austritts aus dem Verbands wieder an. Die Regierung hat endlich den Vorstand des Verbands aufgefordert, das Vereinsstatut derart abzuändern, daß künftig eine Unterstützung ausständiger Mitglieder aus Vereinsmitteln nicht mehr möglich ist.

Wie wir sehen, ist in dem verflossenen Halbjahre der Vorstoß in der Arbeiterbewegung in erster Linie von den Gewerkvereinen ausgegangen. Die Sozialdemokratie hat den Streiks gegenüber eine im ganzen ablehnende Haltung eingenommen. Die Unterstützung war, wo man sie zuletzt doch eintreten ließ, stets geringfügig, selten mehr als 6 Mark für den Kopf und die Woche, und im wesentlichen wurde sie auch nur dort gewährt, wo sich um die Erhaltung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter handelte. Unterstützt worden sind anscheinend nur die Ausstände der Seiler in Altona, der Stellmacher in Bremerhaven, der Former in Köln, der Zwickler in Barmstedt, der Weber in Lindenau, der Töpfergesellen in Leipzig, der Weißgerber in Berlin, der Kesselreiniger in Hamburg und der Handschuhmacher in Burg, Liegnitz, Friedrichshagen und Osterwieck. Diese Streiks sind überdies trotzdem bis auf zwei die, wie gesagt, noch nicht ganz entschieden sind, verloren worden. Schon die geringen Mittel, über die die sozialdemokratische Partei zur Zeit verfügte, verlangten von ihr Sparsamkeit. Der im Mai gesammelte Fonds von 80000 Mark war bald verbraucht, und die Streikklassen der Partei waren geleert. Aus diesem Grunde wurden zum Teil auch die Agitationen gegen die Getreidezölle statt in Versammlungen nur noch in der Presse fortgesetzt.

Auch noch andre Gründe waren für diese Zurückhaltung maßgebend. Streitigkeiten innerhalb der Partei nahmen die Aufmerksamkeit der Führer vollständig in Anspruch. Bekanntlich ist ein großer Teil der Berliner Genossen mit der Taktik der Vertreter ihrer Fraktion im Reichstage nicht einverstanden. Sie verlangen, daß dort von den Abgeordneten der Partei eine schärfere Tonart angeschlagen werde. Sie sehen in deren Teilnahme an den Verhandlungen ein Aufgeben des revolutionären Charakters der Partei. Um diese Meinungsverschiedenheiten zum Austrag zu bringen, wurde im August v. J. ein Kongreß der Partei nach Erfurt einberufen. Auf die dortigen Verhandlungen brauchen wir nicht nochmals einzugehen, sie sind in den Grenzböten schon mehrfach besprochen worden. An dem Kongreß beteiligten sich 250 Abgeordnete, und er endigte mit der Ausschließung jener Opposition aus der Partei, d. h. mit einem Siege der opportunistischen über die radikalen Elemente. Ferner wurde auf dem Kongreß das politische Programm der Partei revidiert. Mit Bezug auf die Arbeiterbewegung stellt es folgende Ziele auf: 1. Einführung eines Normalarbeitstages von acht Stunden, 2. Stellung

aller gewerblichen, auch der ländlichen Betriebe unter die Fabrikinspektion, 3. gesetzliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, 4. Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich, 5. Errichtung von Arbeiterkammern und Arbeitsämtern.

Dem Kongreß sind dann noch in den einzelnen Ländern und Provinzen eine größere Anzahl Parteitage gefolgt. So haben Landesversammlungen stattgefunden für Württemberg in Stuttgart, für Baden in Freiburg i. B., für Baiern in Nürnberg, für Thüringen in Waltershausen, für Westfalen in Dortmund, für Braunschweig in Kirchberg, für Hessen in Friedberg, für Pommern in Stettin, für Posen und Schlesien in Breslau. Alle waren gut besucht und erklärten sich mit der bisherigen Taktik der Parteileitung und dem revidirten Programm einverstanden. Selbst in Magdeburg und Berlin gelang es den oppositionellen Elementen nicht, durchzudringen, sondern fast in allen dort nach dem Kongreß abgehaltenen Versammlungen wurde der Parteileitung ein Vertrauensvotum erteilt. Es ist nicht abzusehen, welche Wirkung diese Spaltung auf die künftigen Geschicke der Partei haben wird.

Die Streitigkeiten innerhalb der Partei haben jedoch, wie die Berichte erkennen lassen, die Leitung nicht gehindert, die Agitation mit Ausbietung aller Kraft fortzusetzen, auch die politische und gewerkschaftliche Organisation weiter auszubauen. Zunächst hat man versucht, in die Krieger- und Gesangvereine einzudringen, allerdings in die erstern mit anscheinend wenig Erfolg. Auf dem Lande, wo die Partei, wie die Leitung selbst zugiebt, nur schwer Fuß zu fassen vermag, hat man sich überzeugt, daß mit Versammlungen nichts auszurichten ist. Man hat sich daher allmählich auf die Agitation durch die Presse beschränkt. Die Partei besitzt in Deutschland bereits 132 Zeitungen. Davon sind 78 ausschließlich politischer Natur. Insbesondere läßt man sich auch die Verbreitung billiger Schriften und Broschüren weiter angelegen sein. Diese leisten in der Verhegung das Unglaublichste. Ferner haben sich in den größern Städten landsmannschaftliche Vereine gebildet, deren Mitglieder sich bemühen, auf schriftlichem Wege auf ihre Verwandten in der Heimat einzuwirken. Auf diese Weise will man insbesondere in Ostpreußen Erfolge erzielt haben, wo in einigen Kreisen die Nachwahlen zum Reichstage thatsächlich ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auch in den kleinern Landstädten ergeben haben. Günstig für die Partei sind auch die Wahlen für den sächsischen Landtag, für die Vertretung der Stadt Berlin, sowie für das Gewerbegericht in Halle ausgefallen. Überall hat sie in jenen Versammlungen einige neue Sitze erobert. Die Wahlerfolge beweisen zugleich, daß die Straffheit der politischen Organisation der Partei nichts zu wünschen übrig läßt. In der Vertretung des kleinen thüringischen Städtchens Apolda besitzt die Partei bereits die Mehrheit.

Dagegen stößt die fachgewerbliche Organisation noch immer auf große

Hindernisse. An sich ist sie auch weit schwieriger als die politische. Die Arbeiter sind leichter von dem kaum geheimzuhaltenden Beitritt zu einem sozialdemokratischen Fachvereine durch die Arbeitgeber abzuhalten. Die Fachvereine können daher nur da Boden fassen, wo die Partei so stark ist, daß die Zugehörigkeit nicht ohne weiteres einen Grund zur Entlassung abgeben kann. Aber auch dort haben die Arbeitgeber bei einem für sie günstig verlaufenen Streik den Arbeitern den Austritt aus dem Fachvereine fast stets zur Bedingung gemacht. Auf diese Weise ist letzthin wieder der Fachverein der Weber in Lindenau gesprengt worden. Außerdem bekämpfen sich in Beziehung auf die gewerbliche Organisation innerhalb der Partei selbst zwei Richtungen. Die lokalen Größen wollen sich der Zentralisation nicht fügen. Der im letztern Sinne von der Generalkommission in Hamburg — die gewerbliche Organisation hat hier ihren Sitz und nicht wie die politische in Berlin — ausgearbeitete Organisationsentwurf ist fast nirgends gebilligt, sondern in zahlreichen Resolutionen unannehmbar befunden worden. Die Thatsache, daß trotz der Generalausstandskommission jede Arbeitseinstellung im vorigen Jahre verloren gegangen ist, ist ebenfalls geeignet, viele gegen die zentralistische Organisation einzunehmen. Eine Ausgleichung zwischen Zentralisten und Lokalisten soll auf einem im nächsten Frühjahr in Halberstadt stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß versucht werden.

Neue Fachvereine sind in der Bildung begriffen in Leipzig unter den Holzarbeitern, Schreincrn, Metallarbeitern, Korbmachern und Schmiedegejellen, in Berlin unter den Malern und Schornsteinefegergehilfen, in Braunschweig unter den Schlächtergehilfen, in Hamburg unter den bei der Pferdebahn beschäftigten Arbeitern, in Bremerhaven unter den Hafcnarbeitern. Verbandstage haben abgehalten die Gold- und Silberarbeiter in Pforzheim, die Bäckergehilfen in Altenburg, die Zimmerer in Bamberg, die Mechaniker in Hamburg, die Schuhmacher in Frankfurt a. M., die Nadelarbeiter in Iserlohn. Der allgemeine Verband der Gold- und Silberarbeiter zählt jetzt bereits 2200 Mitglieder. Der Verband der Mechaniker soll in den Verband der Metallarbeiter übergeführt werden. Außerdem wird in Berlin ein Kartell zwischen Bäckern und Schlächtern angebahnt. Dagegen haben sich wieder die Verbände der Schmiede und Former von der allgemeinen Metallarbeiterunion losgesagt und wollen eine eigne Union mit dem Sitz in Hamburg bilden.

Die in Hamburg im vorigen Jahre durch ausgesperrte Glasarbeiter gegründete Genossenschaftsfabrik scheint zu rentiren und geht damit um, eine Niederlage in Berlin anzulegen. Desgleichen wollen in Frankfurt a. M. die Buchdrucker eine solche Fabrik gründen. Bereits sind die Maschinen bestellt. Dagegen ist in Berlin die geplante Genossenschaftsbäckerei nicht zu stande gekommen.

Die Kontrollmarken, deren Bedeutung wir schon früher einmal erklärt haben, finden jetzt nicht mehr bloß bei der Hutfabrikation, sondern auch im

Schneidergewerbe, bei den Arbeiten der Textilindustrie und insbesondere im Barbier- und Friseurgeschäft Verbreitung.

Von den sechs in Berlin gegründeten Arbeiterbildungsschulen sind zwei wegen Mangel an Mitteln wieder eingestellt worden. Den Schulen gehören viertausend Mitglieder an; doch besuchen nur tausend den Unterricht, der an Wochentagen regelmäßig von sechs bis zehn Uhr abends erteilt wird.

Bei diesen Anstrengungen der Sozialdemokratie hat die Gegenbewegung einen schweren Stand. In Thüringen sollen die evangelischen Arbeitervereine an Terrain gewinnen. In den katholischen Gegenden schreitet die Bildung der von Geistlichen geleiteten Arbeitervereine weiter fort. In Posen und einigen Städten Schlesiens haben sich auch in den bürgerlichen Kreisen Vereine zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgethan. Noch sind also Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nicht zwei sich deckende Größen, aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieser Prozeß beständig im Fortschreiten begriffen ist. Bemerkenswert ist, daß der Verein der Porzellanmaler, der bisher dem Verbands der Gewerkschaften angehörte, aus diesem ausgeschieden — es ist das der erste Fall seit 1873 — und in die Reihe der sozialdemokratischen Fachvereine eingetreten ist. Der Verein zählt viertausend Mitglieder. Auch unter den Buchdruckern haben wenigstens in Berlin die Sozialdemokraten die Oberhand bekommen. Darüber hat die letzte dortige Gehilfenversammlung, worin das Ende des großen Streiks verkündet wurde, keinen Zweifel gelassen.

Wir haben die vorstehenden Mitteilungen wieder in erster Linie den Berichten der Tagespresse entnommen, die täglich im Reichsanzeiger unter der Rubrik „Arbeiterbewegung“ zusammengestellt werden. Sie zeigen, daß man von einem sozialen Frieden noch immer sehr weit entfernt ist. Mit Einschluß der im vorigen Aufsätze mitgeteilten Statistik haben sich im Jahre 1891 gegen vierzigtausend Arbeiter an Streiks beteiligt. Zwei Arbeitseinstellungen waren von größerem Umfange. Aber auch die vielen kleinen lassen recht die Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter erkennen. Sind sie auch meist verloren gegangen, so haben sie wohl doch die Arbeiter vor noch weitergehenden Lohnherabsetzungen geschützt. Allerdings ist das mit großen Opfern an Geld und durch Erduldung von Maßregelungen erkauft worden. Der Lohnausfall, den die Streiks zur Folge gehabt haben, ist auf viele hunderttausend Mark zu schätzen. Hierzu kommt noch der Schaden, den die Arbeitgeber infolge der Unbotmäßigkeit ihrer Arbeiter erlitten haben. Gegenüber dieser vom wirtschaftlichen Standpunkte als roh zu bezeichnenden Art, die Arbeitsbedingungen zu regeln, wenn keine Übereinstimmung zwischen den Parteien herrscht, sollte man es doch mit den gewerblichen Schiedsgerichten mehr als bisher versuchen. Leider finden diese nur langsam Eingang.

Die mehrfach berichtete angeblich schlechte Behandlung der Arbeiter, die ebenfalls vielfach zu Streiks Veranlassung gegeben hat, zeigt, wenn sie auf

Wahrheit beruht, was wir freilich nicht feststellen können, wie notwendig die demnächst in Kraft tretenden Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung sind, die Arbeitsordnungen vorschreiben. Die westfälischen Bergwerke haben bereits eine Normalarbeitsordnung ausgearbeitet, die vielfachen Wünschen der Bergleute Rechnung trägt.

Mit dem Ausgange des Buchdruckerstreiks kann die Industrie zufrieden sein. Der Achtstundenbewegung ist dadurch in Deutschland für lange Zeit ein Kiegel vorgeschoben. Unsere Industrie vermag unter den heutigen Verhältnissen ohne Zweifel eine so weit gehende Kürzung der Arbeitszeit auch in den fortgeschrittensten Gewerben nicht zu ertragen.

Die größte Beachtung verdient jedenfalls der immer mehr hervortretende Trieb der Arbeiter, sich zu organisieren. Heute gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gerichtet, sollte er in deren Interesse nutzbar gemacht werden. Doch werden mit den angebahnten Arbeiterausschüssen allein die gewerblichen Fachvereine der Sozialdemokratie nicht überwunden werden. Hierzu wird es einer festeren Organisation bedürfen. So bleibt denn nur eine korporative Gliederung unserer Gesellschaft übrig, und diese wird wohl das Endziel der Sozialreform sein müssen.



## Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Von O. Bähr



chon bei der Beratung des im Jahre 1884 dem Reichstage vorgelegten neuen Aktiengesetzes wurde dort angeregt, daß das bestehende Gesellschaftsrecht einer Erweiterung durch Schaffung neuer Gesellschaftsformen bedürfe. Der Abgeordnete Döschhäuser äußerte sich ungefähr in folgender Weise. Das Prinzip beschränkter Haftbarkeit dürfe, nachdem es einmal ins Leben eingeführt sei, nicht bei der kollektivistischen Gesellschaft stehen bleiben; es müsse auch der individualistischen Gesellschaft zu gute kommen. Die Kautelen müßten darin bestehen, daß die Kapitalsumme, mit der die Gesellschaft arbeiten wolle, dem Handelsrichter angezeigt und von diesem veröffentlicht werde, und daß auch die Gesellschaft alljährlich ihre Bilanz zu veröffentlichen habe. Schon jetzt würden solche Gesellschaft vielfach unter mißbräuchlicher Anwendung des Aktienrechtes gegründet. In England gründe man Aktiengesellschaften (limited) vielleicht nur mit einem Kapital von 3000 bis 5000 Pfund. Zwei, drei oder mehr Personen vereinigten sich zur Nutzbarmachung ihres Kapitals nach Art einer